

Gebührensatzung über die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Gemeinde Wiefelstede

Auf Grund der §§ 6 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 22.08.1996 (Nieders. GVBl. S. 382) zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.03.1999 (Nieders. GVBl. S. 74) in Verbindung mit § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes vom 11.02.1992 (Nieders. GVBl. S. 29), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 23.07.1997 (Nds. GVBl. S. 374) hat der Rat der Gemeinde Wiefelstede in seiner Sitzung am 17.10.2000 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Für die Benutzung der zugewiesenen Obdachlosenunterkunft und der zugehörigen Einrichtungen sind Gebühren nach Maßgabe dieser Satzung zu entrichten.

§ 2

Schuldner der Benutzungsgebühren sind die Benutzer der Obdachlosenunterkunft, die in der Einweisungsverfügung auf Grund der Satzung über die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Gemeinde Wiefelstede genannt sind. Mehrere volljährige Benutzer haften als Gesamtschuldner.

§ 3

Die Benutzungsgebühr setzt sich zusammen aus einer Grundgebühr, die einer „Kaltmiete“ entspricht, und aus der Nebengebühr. Daneben kann für besondere Leistungen (z. B. Möblierung) eine Zusatzgebühr erhoben werden.

§ 4

Die Gebühren werden als Monatsgebühren erhoben.

§ 5

- (1) Die monatliche Grundgebühr beträgt für die von der Obdachlosenbehörde angemieteten Wohnungen, die an den Vermieter zu zahlende Miete.
- (2) Für Personen, die Anspruch auf Leistungen nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz haben, ist die Unterbringung in einer Obdachlosenunterkunft Sachleistung im Sinne dieser Vorschrift.

§ 6

- (1) Die Nebengebühr entspricht im wesentlichen den „Nebenkosten“ (Betriebskosten) für normale Wohnungen und enthält unter anderem die Kosten für Wasser, Abwasser, Treppenhauslicht, Müllabfuhr, Grundsteuer, Heizung, Versicherungen, Schornsteinreinigung, Meßgebühren, Wartungsarbeiten, etc.

- (2) Für die Unterkünfte gemäß § 5 Abs. 2 entspricht die Nebengebühr den Nebenkosten, die der Vermieter der Gemeinde gegenüber abrechnet bzw. die anteiligen Nebenkosten, die die Obdachlosenbehörde an die Kostengläubiger zu entrichten hat.

§ 7

Die Zusatzgebühr wird nach dem tatsächlichen Aufwand (Kosten) ermittelt.

§ 8

- (1) Die Benutzungsgebühren entstehen mit dem Tage der Übergabe der Schlüssel für die zugewiesene Obdachlosenunterkunft, sie sind für einen Kalendermonat am Monatsbeginn zu entrichten und bis zum 5. jeden Monats unaufgefordert auf ein Konto der Gemeindekasse einzuzahlen.
- (2) Die Gebührenpflicht endet mit Ablauf des Tages, der vor dem Tag liegt, an dem die Schlüssel an die Obdachlosenbehörde zurückgegeben werden, oder mit dem Tag, an dem die Unterkunft zur neuen Belegung zur Verfügung steht.
- (3) Entsteht oder endet die Gebührenpflicht im Laufe eines Monats, wird für jeden Tag der Benutzung der Unterkunft ein dreißigstel Monatsgebühr erhoben.

§ 9

- (1) Wird die Unterkunft nach Entrichtung der Benutzungsgebühr nur teilweise benutzt, so besteht kein Anspruch auf eine Gebührenrückerstattung.
- (2) Der Benutzer der Unterkunft wird von der Entrichtung der Benutzungsgebühr nicht dadurch befreit, dass er durch einen in seiner Person liegenden Grund das ihm zustehende Benutzungsrecht nicht ausüben kann; das gilt auch für eine vorübergehende Abwesenheit.

§ 10

Diese Satzung tritt am 01.01.2001 in Kraft.

Wiefelstede, den 17.10.2000

gez. Hellmers
Bürgermeister

gez. Völkers
Gemeindedirektor

Bekanntmachung im Amtsblatt Weser-Ems Nr. 47 vom 24.11.2000 S. 1.033